

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 75 (1981)
Heft: 10

Artikel: Initiative zur Abschaffung der Armee? : Die Idee und ihre Geschichte
Autor: Gross, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142932>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ANDREAS GROSS

Initiative zur Abschaffung der Armee?

Die Idee und ihre Geschichte

Ein mutiger Vorstoß der Jungsozialisten

«Braucht die Schweiz eine Armee?» fragten sich die Zürcher Jungsozialisten im vergangenen Winter und formulierten zuhanden der Generalversammlung (GV) der Schweizer Jungsozialisten (Jusos) im letzten März in Schaffhausen den Antrag, zu dieser Frage ein Wochenendseminar durchzuführen. Eine alte Frage, gewiß. Daß sie wieder aktuell ist und — angesichts Tausender von Atomsprengköpfen in Europa, der weltweiten Aufrüstung, des Welthungers und der Zerstörung der Natur, angesichts unseres Willens nicht nur zum Ueberleben, sondern auch zu einem Leben in Frieden, Solidarität und in Uebereinstimmung mit der Natur — besonders diskussionswürdig, war unter den Jusos unbestritten. Zumal die Bündner Jusos hatten im November 1980 zur gleichen Frage ein großes und erfolgreiches Podiumsgespräch veranstaltet. Offen und couragiert vertraten sie die Auffassung, die Schweiz brauche heute keine Armee mehr.

Die Basler Delegation an der Juso-GV 81 wollte sich aber mit der Diskussion allein nicht begnügen. Was nützt die negative Beantwortung der Armeefrage, wenn man sich nicht auch gleich überlegt, was im Anschluß an die Diskussion zu tun ist? Deshalb beantragten die Basler der GV, den Vorstand damit zu beauftragen, die Lancierung einer Volksinitiative zur Abschaffung der Armee zu prüfen. «Logo», dachten sich die etwa hundert Jungsozialisten an der GV: Kommen wir zum Schluß, daß die Schweiz keine Armee mehr braucht, so liegt die Benutzung der Volksrechte zu diesem Zweck auf der Hand. Der Basler Antrag passierte oppositionslos.

Das Echo: hoffnungsvoll bis repressiv

Da Transparenz zu den politischen Tugenden der Jusos gehört, informierten sie auch die Oeffentlichkeit über diesen Beschluß. Schließlich hilft die Debatte in der Oeffentlichkeit den Jusos, die Frage nach der politischen Machbarkeit einer solchen Volksinitiative möglichst realistisch zu beantworten.

Das Echo blieb nicht aus. Obwohl die Juso-Sommer-Aktion gegen die Praxis der Schweizer Multinationalen Konzerne in Drittweltländern weit bedeutsamer war, schenkten ihr die Medien weit weniger

Aufmerksamkeit. Je nach eigenem Standpunkt oder Vorurteil reagierten die Leute erschreckt, erheitert, befreit, hoffnungsvoll, mitleidig, anklagend. Jedenfalls, die Diskussion war da. Denn es ist wohl das helvetische Tabu Nummer eins, das die Jusos da ankratzen wollen. Und in den «Randregionen» der Schweiz reagierte man auch gleich so, wie man hierzulande auf harte und kritische Fragen zu reagieren pflegt: mit Repression, mit Verdrängung, unwirsch. Die Bündner Jusos, bei der Grundsatzdiskussion über die Armee noch wohlwollend belächelt, bekamen jetzt, da sie den verfassungsgemäßen Gebrauch eines politischen Rechtes erwogen, die Machtverhältnisse in Staat und Wirtschaft vor Augen geführt: Junge Menschen, die ihre Ueberzeugung in verfassungskonforme politische Aktionen umsetzen wollen, werden von den öffentlichen Stellen ausgeschlossen.

Selbst Verantwortliche der SPS ließen sich verunsichern. Möglicherweise war hierfür weniger das Thema als solches verantwortlich, als die «untaktisch» offene, auf jegliche Vorwegnahme von Kompromissen und vordergründige Opportunitäten verzichtende Art, wie die Jusos an dieses Thema herangingen. Nach einem ersten präsidentialen Rempler faßte man sich aber auch in der Parteileitung. Gerne zurückgreifend auf die von den Jusos selber immer wieder unterstrichene Eigenständigkeit gegenüber der SP, betonte der Parteivorsitzende im vergangenen Juni bei seiner Jubiläumsansprache zum 75. Geburtstag der SP Chur, man müsse den Jusos sogar das Recht zugestehen, eine Initiative zur Abschaffung der Armee zu lancieren . . .

Die Diskussion in den zwanziger Jahren

Ob es die Benommenheit nach dem ersten Schrecken oder schlicht das Nichternstnehmenwollen der Jusos ist, wenn bisher jeder öffentliche Hinweis unterblieb, daß selbst eine Volksinitiative zur Abschaffung der Armee gar nicht so neu wäre und auch ihre Geschichte hat?

So beantragte 1926 die SP Adliswil (ZH) dem in Bern tagenden SPS-Parteitag, die Parteileitung habe Vorschläge auszuarbeiten «über die Frage des Kampfes um die Reduktion des Militärbudgets beziehungsweise die teilweise oder gänzliche Abrüstung der Schweiz, unter Berücksichtigung der Frage einer Initiativbewegung zwecks Volksbefragung».

Der Parteitagsdelegierte der SP Adliswil, Amberg, führte zu diesem Antrag mündlich unter anderem aus: «Die Ablehnung der Militärkredite durch unsere Fraktion in der Bundesversammlung macht nicht mehr so Eindruck wie einstmals. Jedermann empfindet unsere Ohnmacht. Wie ganz anders würde da eine Initiativbewegung auf gänzliche Abschaffung der Armee die Geister rühren? Da hätten wir wieder

einmal Gelegenheit, umfassend für unsere politischen Ideale in den Lebensfragen unserer Zeit zu agitieren . . .»

SPS-Sekretär Huggler lehnte den Antrag der SP Adliswil, der in der Folge zurückgezogen wurde, mit folgender Argumentation ab: «Wir tun besser, uns ernsthaft um die Gewinnung der Arbeitermassen für die Partei zu bemühen, um diese instand zu setzen, den Kampf gegen die bürgerlich-kapitalistische Herrschaft in allen ihren Positionen intensiver und erfolgreicher zu führen, als dies bisher möglich war. Das ist klüger, als vor aller Welt einen detaillierten Aktionsplan über die Bekämpfung des Militarismus auszubreiten, wie der Antrag Adliswil dies vorsieht, und mit vermehrtem Aufwand an Mitteln und Kräften eine Aktion zu betreiben, die nach Außen vielleicht mehr Eindruck macht, aber eines Tages uns in die Lage bringen könnte, entweder zurückzupfeifen oder vom bürgerlichen Gegner zum Entscheidungskampf gezwungen zu werden in einem Zeitpunkt, wo wir, viel ärger als bei der Vermögensabgabe, als die Geschlagenen aus der Schlacht heimkehren würden.»

Dennoch entsprach der Antrag der SP Adliswil 1926 einer durchaus verbreiteten Stimmung innerhalb der Arbeiterbewegung. So hatte 1925 Robert Grimm, immerhin Berner National- und Regierungsrat, dem SPS-Parteitag in Zürich zugerufen: «Man spare dort, wo man heute Jahr für Jahr 80 und mehr Millionen nutzlos hinauswirft für eine Spielerei, die den Interessen des Landes nicht dient, die zu ganz falscher Beurteilung der Situation führt, die dem Land zum Verhängnis werden kann: man spare an den Militärausgaben.» Und der auch nicht dem linken Flügel zuzuordnende VPOD-Sekretär Hans Oprecht beantragte dem gleichen Parteitag 1925 zu beschließen: «Für die Schweiz kommt heute keine andere Art der 'Landesverteidigung' mehr in Betracht als der Kampf gegen den Krieg überhaupt durch vollständige Abrüstung nach dem Beispiel Dänemarks.»

Ragaz für eine Abrüstungs-Initiative

Den Erklärungen von Sekretär Huggler vor dem Parteitag der SPS von 1926 kann man auch entnehmen, daß «Genosse Professor Ragaz bei den Genossen Dürr und Reinhard (damals SPS-Präsident — A. G.) vorstellig geworden (sei), um sie für die Unterstützung einer Initiative auf Abrüstung und für die Zusammenarbeit mit der Zentrale für Friedensarbeit zu gewinnen». Leider erfolglos.

Ragaz kämpfte einige Jahre später bekanntlich auch heftig gegen die Tendenz in der SP, von ihrer antimilitaristischen Position abzurücken. Im Dezemberheft der «Neuen Wege» veröffentlichte er 1933 «Thesen zum Militärprogramm der Sozialdemokratie», deren

dritte These ebenso erstaunlich aktuell ist wie die bereits zitierten Voten: «Die Sozialdemokratie erblickt die Verteidigung der Schweiz im Aufbau einer auf Solidarität und soziale Gerechtigkeit gegründeten Volksgemeinschaft und der Ueberwindung der Geldherrschaft, welche die Fundamente aller wirklichen Demokratie zerstört und damit die Schweiz aufhebt, in der Beseitigung eines auf Egoismus und Ausbeutung beruhenden Gesellschaftssystems, welches die große Mehrheit der Angehörigen aller Völker einer sozialen und kulturellen Knechtschaft unterwirft und der Ersetzung derselben durch eine neue Ordnung des menschlichen Zusammenlebens.»

Sozialdemokratische Tabuisierung der Armee in der Nachkriegszeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg, um dessen Armee-Mythos auch heute noch keine Diskussion über den Sinn der Schweizer Armee herkommt, stellte die Sozialdemokratie ihren Beschluß von 1935 zur Anerkennung der militärischen Landesverteidigung — für Ragaz war er Anlaß zum Austritt aus der SP — bis heute nicht mehr in Frage. Im gleichen Maße, wie sich die SP mit dem bürgerlichen Staat zu identifizieren begann, stellte sie sich grundsätzlich vor dessen Armee.

Noch heute scheut die SPS eine grundsätzliche Armee-Diskussion zuweilen wie der Teufel das Weihwasser. So schrieb der Rapperswiler Hanspeter Raetzo kürzlich in der «Ostschweizer AZ»: «Da hat doch die SPS eine Umfrage gestartet, mit der sie erfahren wollte, ob die SP-Sektionen für einen obligatorischen Militärdienst für Männer und eventuell auch für Frauen eintreten. Die naheliegende Frage jedoch, ob sie überhaupt für eine Art Militärdienst beziehungsweise für die Erhaltung der Armee sind, wurde gar nicht gestellt. Da kam es vor, daß Sektionen für die Abschaffung der Armee eintraten, gleichzeitig aber den obligatorischen Militärdienst für Männer befürworteten. (. . .) Es gab auch Fälle, in denen Entscheide gegen die Armee von den betreffenden SP-Sektionen nicht bekanntgegeben wurden. Die Angst vor der Reaktion auf einen Armeeabschaffungs-Beschluß sitzt offenbar tief, Sitzverluste in Exekutive und Legislative wurden befürchtet. (. . .) In gewissem Maß fehlt der Mut zur Diskussion.»

«Ohne Umdenken kein Ausweg aus der Gefahr»

Nicht zufälligerweise wohl im Jahre 1968 wollte der Basler Philosoph Hans Saner der Grundsatzfrage nicht aus dem Weg gehen. In seiner in den «Neuen Wegen» vom Oktober 1968 abgedruckten Rede, gehalten in Karlsruhe anläßlich der Verleihung des Hermann-Hesse-Preises, sagte Saner: «Da ihnen (den Kleinstaaten in Europa — A. G.) in einem nuklearen Krieg nur die Rolle des Opfers zuteil wird, ein kon-

ventioneller europäischer Krieg gegen sie aber ganz unwahrscheinlich ist, sollten sie alles daran setzen, auch den Beweis dafür zu erbringen, daß ein Staat fortschreiten kann, ohne ein Kriegssystem zu sein. Ich meine ganz konkret: Sie sollten die Armee abschaffen. . . . Aber was tun sie, die kleinen Staaten? Sie setzen dem totalen Krieg die totale Landesverteidigung entgegen. Das ist ein schlechter Scherz. Denn der neue Krieg heißt total unter anderem auch deshalb, weil es gegen ihn die wirksame Verteidigung nicht gibt.»

Saner wies in dieser Rede nach, wie die atomare Kriegstechnik alle traditionellen Vorstellungen von Konfliktaustragung in den Kategorien von offener Gewalt und Gegengewalt hat hinfällig werden lassen, weil diese Konflikte heute zwangsläufig keine Ueberlebenden mehr hinterließen. Das gilt auch für die Schweizer Armee, die sich dank einer Mischung von Pfadfinder-Romantik, Zweite-Weltkriegs-Mythologie, Selbstüberschätzung und Fantasielosigkeit legitimiert und erhält: als eine «Großmacht-Armee im Taschenformat», welche die Volkswirtschaft jährlich über sechs Milliarden Franken kostet («Bilanz» vom August 1981 als neueste, unverdächtige Quelle). Besonders in unserem Land müßten die von Saner zitierten Sätze Max Plancks endlich diskutiert werden: «Die größte Gefahr sind heute die Leute, die nicht wahrhaben wollen, daß das jetzt anhebende Zeitalter sich grundsätzlich von der Vergangenheit unterscheidet. Mit den überkommenen politischen Begriffen werden wir mit dieser Lage nicht fertig werden. Der Bankrott der traditionellen Vorstellung von Krieg, Angriff und Verteidigung ist offenbar. Ohne Umdenken ist kein Ausweg aus der Gefahr möglich.»

Die Realutopie einer Schweiz ohne Waffen

Der Journalist und Fernsehschaffende Roman Brodmann hat 1973 die Popularisierung dieses Gedankens in seinem Büchlein «Die Schweiz ohne Waffen» versucht und darin jene 12 Stunden vor und nach Annahme der Volksinitiative für die «totale Abrüstung» der Schweiz im «Jahre X» geschildert. Brodmann läßt in seiner fiktiven Geschichte den Sprecher der die «Armee-Abschaffungs-Initiative» lancierenden «Bieler Gruppe» erklären: «Wir halten die Bewaffnung unter den heutigen Umständen nicht mehr für ein optimales Mittel zur Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit eines Kleinstaates wie der Schweiz. Wir wollen unser Land nicht weiterhin durch eine unzulängliche Rüstung gefährden, sondern durch konsequente Abrüstung schützen: unsere stärkste Verteidigungslinie ist das Vertrauen der Welt.»

Und im «Bieler Manifest für eine Schweiz ohne Waffen» läßt Brodmann die Initianten sagen, wie man die Mittel, die bisher für die

Armee ausgegeben wurden, nach deren Abschaffung ausgegeben soll: «Sie sollen eingesetzt werden für Einrichtungen, durch die unser Volk seine Solidarität mit allen Völkern dieser Erde bekundet: Investitionen à fonds perdu in unterentwickelten Gebieten, Ausrüstung und Unterhalt einer jederzeit und überall einsetzbaren waffenlosen Katastrophengruppe, Bau und Unterhalt einer Weltuniversität mit internationalen Studentendörfern und so weiter.»

Und die beiden letzten Abschnitte des «Bieler Manifests» formulierte Brodmann folgendermaßen: «Wir sehen die totale Abrüstung in der Verbindung mit einem strengen Verbot der Herstellung von Waffen, der Einfuhr von Waffen, des Handels mit Waffen und des Besitzes von Waffen. — Wir wünschen, daß die Schweiz auf diese Weise vor sich selbst und vor der übrigen Welt in ihrer Sonderstellung als neutraler Kleinstaat glaubwürdig wird.»

Was Brodmann in seine Geschichte noch nicht eingebaut hat, ist die «soziale, gewaltlose Verteidigung» als Alternative zur militärischen Landesverteidigung. Diese überlebenssichernde Form der Verteidigung möchten die Jungsozialisten für die Schweiz konkretisieren und in der Bevölkerung verankern. Etwa im Sinne von Anton-Andreas Guha, Redaktor der «Frankfurter Rundschau», der am «Forum Frieden der SPD» den Apologeten des «Nato-Doppelbeschlusses» mutig entgegenhielt: «Es gibt keine militärische Verteidigungsmöglichkeit. Eine Sicherheitspolitik, die im Kriegsfall zur Vernichtung von Völkern führt, dessen also, was geschützt werden soll, ist irrational und unvorstellbar. Unsere Sicherheitspolitik enthält aber das Risiko der Völkervernichtung. Wenn dies akzeptiert wird, so folgt daraus weiter, daß jede andere Sicherheitspolitik, die dieses Risiko nicht enthält und die nicht auf Drohung und Anwendung militärischer Gewalt beruht, rationaler wäre» (Die Zeit vom 4. September 1981).

Für ein offenes Gespräch über offene Fragen

Diese kleine historische Uebersicht von Argumentationslinien gegen die militärische «Landesverteidigung» deckt sich frappierend mit den Argumenten, die gegenwärtig innerhalb und außerhalb von Schweizer Juso-Sektionen für und wider die Lancierung einer derartigen Volksinitiative erörtert werden (insbesondere in der Juso-Zeitschrift INFRAROT). Einerseits ist die Lust groß, einmal eine buchstäblich radikale Reform nicht nur zu denken, sondern auch in der Öffentlichkeit zu vertreten und damit einen Beitrag zur bitter notwendigen geistigen Entrostung der schweizerischen Politik zu leisten. Wir wissen dabei die Zeit mit uns; nicht mehr nur rational spricht nichts für eine Schweizer Armee, auch emotional wird dies von immer mehr Men-

schen gefühlt. Sie sehen, daß ihre Zukunftsangst zwar begründet ist, daß deren Wurzeln jedoch nicht aus dem Osten kommen, sondern in den eigenen gesellschaftlichen Strukturen wachsen, daß ihr mit Aufrüstung also nicht begegnet werden kann, im Gegenteil.

Andererseits führt uns ein derartiger Vorstoß, wie bereits eingangs erwähnt, die herrschende Halbfreiheit in der Schweiz drastisch vor Augen. Wer von den Jungsozialisten, die wie viele Jugendliche vielfach abhängig sind von Eltern, Schule, Regierung, Unternehmern, Hausbesitzern, kann es sich wirklich leisten, öffentlich für seine antimilitaristische Ueberzeugung einzustehen? Können wir Entlassungen, Nichtanstellungen, Kündigungen verantworten im Bewußtsein, den Genossen materiell kaum zureichend zur Seite stehen zu können? (Nachdem die «Religiös-soziale Vereinigung» und die «Christen für den Sozialismus» bei einer konsultativen Abstimmung mit dreißig gegen drei Stimmen die Lancierung einer solchen Volksinitiative zur Abschaffung der Armee befürwortet hatten, äufneten sie mit einer Kollekte auch spontan einen Fonds zur Unterstützung derjenigen, die in der Folge dieser Initiative von Repressionen betroffen würden, was ich hiermit noch einmal herzlich verdanken möchte.)

Es ist klar, je stärker sich die Friedensbewegung im kommenden Jahr (Ostermarsch!) auch in der Schweiz entwickeln wird, je vielfältiger die herrschende militärische (Un-)Sicherheitspolitik radikal in Frage gestellt sein wird, umso schwächer wird die mögliche Repression gegen die Befürworter einer die Armee ablehnenden Initiative sein.

Eine weitere Frage steht im Zentrum der Debatte: Braucht es heute überhaupt eine solche Initiative? Genügen nicht originelle direkte Aktionen wie Besetzungen, Boykotte, Märsche? Am optimalsten wäre meiner Ansicht nach beides: eine starke Bewegung mit einer erfolgreichen Volksinitiative als «Abfallprodukt». Dies würde jedermann zur Diskussion herausfordern, das politische System müßte auf uns eingehen. Doch sind wir für beides stark genug?

Alles Fragen, welche wirklich uns alle angehen. Die Jusos suchen deshalb auch mit allen Interessierten aus allen Kreisen das Gespräch. Denn wenn überhaupt, ist eine derartige Volksinitiative nur in einem breiten Bündnis möglich. Alle sind aufgerufen, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Die Jusos stehen jederzeit für Gespräche und Diskussionen gerne zur Verfügung.

Die Armeen sind heute die schwerste Gefährdung des Friedens. Davon macht die schweizerische, grundsätzlich betrachtet, keine Ausnahme.

(Leonhard Ragaz, Die Erneuerung der Schweiz, Zürich 1933, S. 73)
